

Bremer Erklärung zur AfD (Leichte Sprache für Alle – VERS0)



BREMER ERKLÄRUNG ZUR AFD

(LEICHTE SPRACHE FÜR ALLE — VERSO)

Dafür stehen wir

Dies ist die Bremer Erklärung zur AfD. Wir bekennen uns zu den grundlegenden Werten des Deutschen Grundgesetzes. Wir setzen uns für eine offene Gesellschaft ein. Ein vielfältiges Zusammenleben und gleiche Chancen für alle sind uns wichtig. Wir sind gegen jede Form von Ausgrenzung und Benachteiligung. Wir stehen für ein Miteinander. Gegenseitiger Respekt, Toleranz und die Achtung der Menschenwürde sind dafür die Grundlage. Wir treten dafür ein, dass alle Menschen gleichberechtigt und fair behandelt werden. Unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Dafür steht die AfD

Die Partei „Alternative für Deutschland“ kürzt sich „AfD“ ab. Sie ist eine rechte Partei. Sie stellt die Grundlagen der Demokratie infrage. Und sie lehnt eine vielfältige und inklusive Gesellschaft ab. Die AfD grenzt viele Menschen aus. Sie will eine Gesellschaft mit Menschen gleicher Abstammung, Kultur und Sprache schaffen. Sie vertritt ein völkisch-nationales Weltbild. Das heißt: Die AfD stellt das eigene Volk als etwas Besonderes dar. Fremde Einflüsse werden als schlecht und bedrohlich angesehen und abgelehnt.

Die AfD verzerrt Tatsachen. Das macht sie mit Absicht. So stärkt sie ihre eigenen Überzeugungen und ihre Ziele. Sie geht dabei oft mit Absicht über Grenzen. Es werden Dinge gesagt und geschrieben, die oftmals menschenverachtend, also menschenfeindlich, sind. Und sehr oft stimmen diese Aussagen nicht. Aber sie klingen für viele gut, weil sie einfach formuliert sind. Die Partei fördert gezielt Wut und Angst in der Bevölkerung. Das führt dann zu Beleidigungen. Und es löst Gewalttaten aus. So spaltet die AfD die Gesellschaft. Ihre Ansichten sorgen dafür, dass Menschen radikal in ihren Ansichten werden.

Es gibt den Verdacht, dass Teile der AfD gegen das Grundgesetz verstoßen. Das gilt für ihre Jugendorganisation „Junge Alternative“, kurz JA, und einige Landesverbände. Darauf achtet in Deutschland der Verfassungsschutz. Der bewertet sie als „rechtsextreme Verdachtsfälle“. Die JA und einige Landesverbände werden sogar als gesichert rechtsextrem eingestuft. Daher überwacht die Behörde dort die AfD und einzelne Parteimitglieder. Besonders auffällig ist der Landesvorsitzende der AfD in Thüringen, Björn Höcke. Man darf ihn als „Faschist“ und „Nazi“ bezeichnen, hat ein Gericht entschieden.

Wir stehen für das Gegenteil! Wir sind für Offenheit, Vielfalt, Teilhabe und Inklusion!

Wir setzen uns energisch gegen jede Form der Ausgrenzung ein. Niemand darf benachteiligt oder schlechter als andere behandelt werden. Wir sind für Respekt und Gleichheit. Die AfD will immer mehr Menschen davon überzeugen, sie zu wählen. Um diese für sich zu gewinnen, geht sie einen weiteren Weg.

Sie tut so, als wenn sie für sozialen Zusammenhalt wäre. Dies nennt sie „Solidarischen Patriotismus“. Aber: Tatsächlich steckt dahinter das Gegenteil. Die Partei behauptet zwar, Forderungen von sozialen Verbänden zu unterstützen. So will sie nach außen hin einen guten Eindruck machen. Medien könnten so positiver über sie berichten. Und sie könnten dadurch für mehr Menschen interessant werden. Auch für solche, die Nachteile davon haben.

Die AfD wird stark, wenn Menschen verunsichert sind und es Krisen gibt. Das weiß und nutzt die AfD. Sie verstärkt Angstgefühle. Und sie schlägt scheinbar einfache Lösungen vor. So gewinnt sie Wählerinnen und Wähler. Allerdings sind ihre „Lösungsvorschläge“ oft gar keine Lösungen. Ein Beispiel dafür ist die Corona-Pandemie. Die AfD nutzte diese Zeit, um ihre Pläne voranzutreiben. Sie suchte Kontakte zu anderen Gruppen. Insbesondere unterstützte sie Demonstrationen der Gruppe „Querdenken“.

Diese Bewegung richtete sich gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Bei den Demonstranten konnte die AfD auch für ihre anderen Themen werben. Sie versuchte, sich als „Stimme des Widerstands“ darzustellen. Sie erzeugte so einen falschen Eindruck. Manche Menschen glaubten nun, die AfD würde sich um ihre Sorgen kümmern.

Soziale Arbeit und AfD sind nicht miteinander vereinbar

Soziale Arbeit ist Arbeit mit und für Menschen. Aber jeder Mensch ist anders. Wer mit Menschen arbeitet, weiß das und unterstützt das. Grundlage für diese soziale Arbeit sind Vielfalt und Inklusion. Alle setzen sich füreinander ein – das ist die Grundlage für respektvollen Zusammenhalt. Und sie fördern das Wohlergehen aller Menschen. Dabei spielt es keine Rolle, wer die Menschen sind. Es ist egal, wo sie herkommen. Ebenso, was sie verdienen oder gelernt haben. Auch ihr Glaube und ihre Überzeugungen spielen keine Rolle. Diese Werte der sozialen Arbeit stehen im direkten Widerspruch zur AfD. Denn die AfD benachteiligt viele Menschen und schließt sie aus der Gesellschaft aus.

Die AfD ist dagegen, Menschen aus anderen Ländern aufzunehmen. Sie fördert eine Politik, die soziale Ungleichheiten verstärken kann. Das ist das Gegenteil von sozialer Arbeit. Denn soziale Arbeit will benachteiligte Gruppen unterstützen. Sie setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein.

Im August 2023 sorgte ein Fernsehinterview für Aufsehen. Der Mitteldeutsche Rundfunk, kurz MDR, hatte mit Björn Höcke gesprochen. Er ist der Landesvorsitzende der Alternative für Deutschland in Thüringen. In diesem Interview äußerte Höcke sich zum Thema Bildung in Deutschland. Er forderte, dass an Schulen bestimmte Dinge nicht unterrichtet werden sollten.

Er behauptete, dass das Bildungssystem bestimmte einseitige Ansichten vertritt. Höcke sprach dabei von „Ideologieprojekten“. Von diesen müsse das Bildungssystem befreit werden, so der AfD-Politiker. Er nannte dabei insbesondere die Inklusion als Beispiel. Als weiteres Thema nannte er die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Höcke meint, diese Meinungen würden Schülern in ihrer Entwicklung schaden. Sie würden verhindern, dass Kinder mehr leisten. Und sie würden Jugendliche auch nicht zu Fachkräften der Zukunft ausbilden. Höckes Äußerungen über Inklusion und Gleichberechtigung lösten breite Kritik aus.

Wie sehr die AfD Inklusion ablehnt, belegt eine Studie ausführlich. Diese hat der Forscher Jan Riebe erstellt. Er arbeitet für die Amadeu-Antonio-Stiftung. Man kann diese Studie im Internet unter diesem Link nachlesen:

<https://www.belltower.news/afd-fuer-homogenitaet-in-volk-und-klassenzimmer-155195/>

Diese Studie analysiert genau die politischen Positionen der AfD. Sie zeigt auf, wie diese den Grundsätzen der Inklusion widersprechen. Denn Ziele von Inklusion sind Gleichheit, Teilhabe und Wertschätzung aller Menschen. Die AfD will das Gegenteil.

Der Forscher beleuchtet, wie Politiker der AfD sich oft ausdrücken. Wie sie eine Sprache verwenden, die Menschen abwertet und erniedrigt. Oft drängen AfD-Politiker Menschen mit Behinderung an den Rand der Gesellschaft. Sie ignorieren deren Bedürfnisse. Diese Haltung ist nicht nur schwierig für die betroffenen Menschen. Sie ist ein Problem für die ganze Gesellschaft. Denn Menschen mit Behinderungen bereichern die Gemeinschaft.

Die AfD verhindert die Inklusion von beeinträchtigten Menschen. Das erreicht sie durch ihre Haltung und ihre politischen Schritte. Wie genau, das belegt die Studie. Die AfD verstößt damit gegen soziale Gerechtigkeit und Gleichheit.

Viele haben geglaubt, die AfD würde bald wieder verschwinden. Sie könnte bald wieder weniger Stimmen bekommen. Diese Annahme ist nicht eingetroffen. Die AfD hat bei aktuellen Wahlen Erfolge erzielt. Viele Menschen haben sie gewählt. Und ihre Werte in Umfragen steigen weiter. Die AfD ist weiterhin eine starke Kraft in der deutschen Politik. Gleichzeitig gibt es mehr Vorfälle mit Gewalttaten bei Demonstrationen. Diese ereignen sich häufig bei Demos von fremdenfeindlichen Gruppen. Beispielsweise bei Veranstaltungen der AfD-nahen Bewegung „Pegida“.

Besondere Sorge bereiten Übergriffe und Anschläge auf jüdische Bürgerinnen und Bürger. Und Angriffe auf Einrichtungen, die für die jüdische Gemeinschaft wichtig sind. Solche Vorfälle werden oft von rechten Gruppen unterstützt. Oft auch von Teilnehmenden der „Querdenken-Demonstrationen“ und ihren Organisatoren. Außerdem gab es in letzter Zeit Attentate auf Menschen mit Migrationshintergrund. Das zeigt, dass mehr Menschen bereit sind, Gewalt anzuwenden.

Wir alle müssen etwas tun. Das zeigen Angriffe auf die Symbole der deutschen Demokratie. Ein Beispiel sind die Tumulte vor und im Reichstag im Jahr 2020. Damals hatten sich tausende Menschen aus Protest gegen die Corona-Regeln versammelt. Einige hatten die Treppen des Reichstags besetzt. Andere versuchten sogar, in den Reichstag hineinzukommen. Gleichzeitig gibt es auch im Internet immer mehr Hass und Gewalt.

Es ist unerlässlich, dass wir entschlossen gegen die AfD auftreten!